



## Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,  
liebe Leserinnen  
und Leser,

das Corona-Virus Covid 19 hält unser Land zunehmend in Spannung. Die Gespräche und Debatten pendeln zwischen Panik, Verharmlosung und Ignoranz. Dabei kann angesichts dieser weltweit bedrohlichen Pandemie nur rationale Abwägung, besonnenes und verantwortliches Handeln und nicht zuletzt Vertrauen in unser effizientes Gesundheitswesen und Verwaltungshandeln helfen.

60-70 Prozent der Menschen in unserem Land werden sich voraussichtlich infizieren. Von diesen Menschen sind durch spezifische Vorerkrankungen

oder ihr höheres Lebensalter tatsächlich Gefährdete. Insbesondere denen muss unsere Aufmerksamkeit präventiv gelten. Sie selbst müssen zu ihrem Schutz vor Ansteckung mitwirken. Um die Leistungsmöglichkeiten unseres Gesundheitssystems nicht zu überfordern, müssen wir alle dabei mitwirken durch persönliches Verhalten den Infektionsverlauf auszubremsten. Auch hierbei sollte sich einmal mehr die solidarische Verbundenheit jüngerer und älterer Menschen in unserem Land erweisen. Diese ist der größte Fortschritt in der Menschheitsgeschichte und hat Wohlstand und langes Leben erst ermöglicht.

Das Corona-Virus Covid 19

fordert von jedem Verstand, Disziplin und die Beherrschung der eigenen Gefühle. Jetzt mit Kopflosigkeit zu reagieren, würde nur zu einer Potenzierung der Probleme führen. Aber die außergewöhnliche Situation bietet uns die einmalige Gelegenheit, im persönlichen Leben viel mehr Zeit füreinander zu haben. Und wir können dankbar sein, dass es heute elektronische Kommunikationsmöglichkeiten gibt. In der jetzigen Situation sind sie geradezu ein Geschenk des Himmels.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr

### Flüchtlinge unter 14 Jahren aufnehmen

Erfreulich ist die Tatsache, dass Bewegung in die Frage der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus griechischen Lagern gekommen ist. Aus humanitären Gesichtspunkten habe ich mich wiederholt für eine derartige Maßnahme ausgesprochen. Viele Kinder in den Lagern haben keine Eltern bei sich und leben in einer Lagerkultur, die Angst macht. Es ist mir klar, dass wir nicht allen helfen können. Aber für ein be-

grenztes Kontingent könnten wir einen sicheren Hafen bieten.

Ich möchte auch betonen, dass es hier ausschließlich um Kinder bis 14 Jahre geht und nicht um Jugendliche. Damit ist die Gefahr von bewusst falschen Altersangaben gebannt. Es freut mich, dass so viele Städte und Kommunen diese humanitäre Maßnahme unterstützen. Besonders freut es mich, dass auch meine Heimatstadt Frankfurt (Oder) dazu gehört.

Wenn sich die Koalition der Willigen auf die Einreise einer bestimmten Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verständigt hat, möchte ich anregen, möglichst viele in Pflegefamilien aufzunehmen. Hierzu möchte ich an das freiwillige Engagement meiner Mitbürger appellieren.

Mehr zu diesem Thema erfahren Sie in einem Interview des Nachrichtensenders n-tv.

<https://www.n-tv.de/politik/CDU-Politiker-fordert-Aufnahme-von-Kindern-article21624870.html>

## Hasskriminalität: Prävention bereits in früher Kindheit erforderlich

Am **D o n n e r s t a g** (12.03.2020) haben wir im Bundestag in erster Lesung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität debattiert. Aus diesem Anlass habe ich am Tag zuvor gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Dr. Jan-Marco Luczak auf Facebook zu dem Thema Stellung genommen (Link am Textende).

Leider gehören im Internet heute Beleidigungen, Bedrohungen, Hass und Hetze zum Alltag. Das liegt nicht nur daran, dass man vielerorts unter Verwendung eines Pseudonyms seine Schimpftiraden loswerden kann. Genau so entscheidend ist, dass das Netz einem das Gefühl gibt, man ist mit seiner Meinung –

und sei sie noch so abstoßend, hanebüchen, ehrverletzend – nicht allein. Man findet im Netz für jede noch so abstruse Auffassung eine Bestätigung. Das ist die große Gefahr dieses Mediums, bei dem sich viele gerne auf die Meinungsfreiheit berufen.

Ich bin absolut für Meinungsfreiheit. Sie ist ein hohes Gut. Aber sie umfasst nicht, dass andere Menschen, beschimpft, beleidigt oder sogar mit dem Tod bedroht werden, wie ich es mehrfach erfahren habe. Das ist die Grenze, und da müssen wir gesetzlich handeln. Restriktive Maßnahmen allein reichen nicht aus. Hassgefühle und Rohheit lassen sich nicht verbieten. Wir müssen viel mehr die Ursachen erkennen. Diese liegen zumeist in der frühen Kindheit. Mangel an Liebe, Geborgenheit, verlässliche Bezugsangebote haben massive

Auswirkung auf das spätere Verhalten. Prävention muss in einer fördernden und begleitenden Familienpolitik ansetzen.

Der Rechtsstaat darf es nicht zulassen, dass Angsträume entstehen, in denen ungehindert gegen unser Strafrecht verstoßen werden kann. Unser Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität sendet deshalb das klare Signal aus: Der Staat wehrt sich – Täter werden zur Rechenschaft gezogen und Opfer geschützt. Die Betreiber sozialer Netzwerke wie Facebook werden dazu verpflichtet, künftig strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden und damit eine Strafverfolgung zu ermöglichen.

<https://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion/videos/142896077013544/>

## Regierung darf Ostdeutschland nicht vernachlässigen

Zu Wochenbeginn gab es Meldungen, wonach das Bundesverkehrsministerium die Einrichtung eines hochdotierten Forschungszentrums in München plant. Das war für mich Anlass, nachfolgende Presseerklärung zu veröffentlichen:

„Es ist gerade mal ein halbes Jahr her, da hat der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder gefordert, Bundesbehörden nach Ostdeutschland zu verlegen. Immerhin soll nun Brandenburg in Brandenburg an der Havel das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten erhalten. In Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern soll die Ehren-

amtsstiftung ihren Sitz erhalten. Das ist zwar keine Bundesbehörde, aber immerhin ein neuer Arbeitgeber von knapp 100 Mitarbeitern.

Doch die Sahnehäubchen holen sich die Bayern lieber selber. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) plant in München ein neues Mobilitätszentrums. Ostdeutschland nagt dagegen im Vergleich dazu immer noch am Hungertuch.

Ich fordere daher den Bundesverkehrsminister auf, seine Entscheidung zugunsten eines Standortes in Ostdeutschland zu korrigieren. Die neuen Bundesländer können nur überleben, wenn wir an Schwerpunktstandorten Leuchttürme errichten, die sichere und gut bezahl-

te Jobs auch im Osten schaffen und junge Menschen in die Region holen bzw. von einer Abwanderung abhalten.

Als Standort für ein Mobilitätszentrum schlage ich Frankfurt (Oder) vor, das nicht nur eine renommierte Universität hat, sondern durch seinen Standort an der polnischen Grenze auch hervorragende Möglichkeiten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bietet. Aber auch der Universitätsstandort Cottbus mit seiner Nähe zu dem Triebwerkehersteller Rolls Royce in Dahlewitz und dem Flughafen BER (gilt auch für Frankfurt (Oder)) käme hierfür in Frage.“

## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak  
Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Ost/West: Mehr miteinander statt übereinander



von links: Norbert Röttgen, Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht

Es hilft niemandem, wenn wir in Ostdeutschland und in Westdeutschland immer nur übereinander reden anstatt miteinander zu reden. Dies ist die Quintessenz aus einer Gesprächsrunde, zu der mein Fraktionskollege Norbert Röttgen am Dienstag (10.3.2020) die frühere thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und mich eingeladen hatte. Angesichts der weiter bestehenden Kluft zwischen Ost und West hat Röttgen, der für den CDU-Parteivorsitz kandidiert und der meiner Meinung nach der geeignetste Kandidat ist, einen gesamtdeutschen «Demokratiedialog» gefordert. Er hat sich dafür ausgesprochen, dass die CDU einen Austausch über Grundlagen und

Bedeutung demokratischer Institutionen wie der Parlamente anstößt.

Ich habe in dieser mit hundert Personen gut besuchten Veranstaltung deutlich gemacht, dass wir mehr zuhören und den ostdeutschen Stimmen mehr Raum geben müssen. Wir müssen mehr gemeinsame Angebote schaffen, um negative Gefühle aufzulösen. Nötig sind gemeinsame Projekte von Teams aus Ost und West etwa in den Bereichen Klimaschutz oder Migration. Das Minderwertigkeitsgefühl der Ostdeutschen hat sich nach der Einheit in verständlichen Trotz verwandelt. Hört den Ostdeutschen doch mal zu. Lasst sie mal ausreden. Und im Dialog müssen wir fragen: Wie würdet ihr es denn lösen?

Zum Abschluss habe ich die Situation mit einem Witz aus DDR-Zeiten illustriert, der viel Schmunzeln hervorrief und sogar in den Medien aufgegriffen wurde:

Bei einer Sitzung hoher Parteifunktionäre in Prag kommen nach der Mittagspause die Delegationen zurück und finden Reißzwecken auf den Stühlen vor. Die Russen fegen sie mit ihren Händen einfach weg. Die Tschechen sammeln sie ein, denn man könnte sie ja noch brauchen. Und die DDR-Vertreter schauen sich das Ganze an und beraten stundenlang, was zu tun sei. Schließlich setzen sie sich drauf, weil sie zu dem Schluss gekommen sind: Die Partei wird sich schon was dabei gedacht haben.